

## Wahlprüfsteine zur Kommunalwahl in Ulm 9. Juni 2024

### Antworten der Partei: FDP

#### 1. Armut und Einsamkeit

Rund ein Fünftel aller über 65-Jährigen in Deutschland lebt in Armut oder an der Armutsschwelle – Tendenz steigend. Armut heißt nicht nur, schlechtes Essen und unzureichende Wohnbedingungen zu haben, sondern von der kulturellen und sozialen Teilhabe ausgeschlossen zu sein. Altersarmut nach einem langen Arbeitsleben ist beschämend, irreversibel und verschärft Einsamkeit.

→ *Was wollen Sie tun, um die gesellschaftliche Teilhabe von sozial benachteiligten und ausgrenzten alten Menschen zu gewährleisten?*

In den Ulmer Sozialräumen gibt es verschiedene Orte zur Begegnung, welche von der Stadt finanziert und sozialpädagogisch begleitet werden. Diese wertvolle Arbeit gilt es weiterhin zu unterstützen, um Einsamkeit zu verhindern. Durch ehrenamtliches Engagement vor Ort kann gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht werden.

Die Altenhilfeplanung der Stadt Ulm ist bei diversen Förderprojekten beteiligt, wie beispielsweise der Ehrenamtskarte und dem Aufbau eines Netzwerkes von Einzelhelfenden. Wichtig ist es diese Projekte zu evaluieren und nun in die Zukunft zu überführen. Dabei sollten solide Finanzierungen gefunden werden.

Seniorinnen und Senioren sind heute bis ins hohe Alter agil, besitzen viel Erfahrung und Kompetenz und engagieren sich vielfältig ehrenamtlich in ihrer Gemeinde. Zusammen mit ihrem zunehmenden Anteil in der Gesellschaft verändern sich auch die Anforderungen für die Städte und Landkreise.

Deshalb setzen wir uns ein für eine Stärkung der Seniorenräte.

#### 2. Altersgerechtes Wohnen

Mit zunehmendem Alter und bei körperlichen und gesundheitlichen Einschränkungen wird die Wohnsituation für die Lebensqualität immer wichtiger. Barrierefreie, bezahlbare Wohnungen sind Mangelware.

→ *Was wollen Sie tun, um mehr bezahlbaren, barrierefreien Wohnraum zu schaffen?*

→ *Welche Anreize planen Sie für die Ausweitung alternativer Wohnformen zur Ergänzung des Wohnens zu Hause, des Betreuten Wohnens und der Pflegeheime?*

Vielerorts mangelt es an Wohnraum, insbesondere an bezahlbarem Wohnraum. Die Kommunen lassen oft die planerischen und gestalterischen Möglichkeiten ungenutzt, die ihnen zur Verfügung stehen. Das Ziel der Freien Demokraten ist es, bestehende und teilweise veraltete Bebauungspläne an die aktuellen Gegebenheiten anzupassen. Wir streben für Kommunen mit Wohnraumbedarf beispielsweise an, die Grundflächenzahl (GRZ), die Geschossflächenzahl (GFZ) und die Stellplatzzahlen so zu verändern, dass mehr Neubauten oder Erweiterungen von Wohnraum in bestehenden Baugebieten attraktiv und realisierbar werden. Enteignungen lehnen wir ab.

Die FDP ist überzeugt, dass nur eine rege Bautätigkeit und eine nachhaltige Vergrößerung des Wohnungsangebots einen weiteren Anstieg der Mietpreise verhindern können. Eine Möglichkeit, bezahlbaren Wohnraum unbürokratisch zu schaffen, besteht in der Innenentwicklung und Nutzung innerörtlicher Baulandreserven. Die Kommunen sollen in Zusammenarbeit mit kommunalen Wohnungsunternehmen und privaten Investoren vermehrt geförderten Wohnraum bereitstellen.

Deshalb setzen wir uns ein für

- eine Vereinfachung der Vorschriften und eine Konzentration auf wesentliche Standards im Wohnungsbau durch entsprechende Landes- und Bundesgesetzgebung, insbesondere in der Landesbauordnung (LBO), dem Bundesimmissionsschutzgesetz und der TA-Lärm.
- einen schnellen und unbürokratischen Wohnungsbau, insbesondere in Zeiten akuten Wohnraummangels.
- die Schaffung günstigen Wohnraums für Personen in Ausbildung und Studium. Dies soll durch den Bau neuer Studierendenwohnheime und Ausbildungshäuser ermöglicht werden. Insbesondere streben wir an, kommunale und landeseigene Liegenschaften kostengünstig an Studierendenwerke und lokale Ausbildungsbündnisse zur Verfügung zu stellen.
- die Nachverdichtung und Nutzung innerörtlicher Baulandreserven, unter besonderer Berücksichtigung der lokalen bioklimatischen Situation.
- die Anpassung von Bebauungsplänen mit dem Ziel, mehr Wohnraum zu schaffen. Die Möglichkeit der Ausweisung von sogenannten „Urbanen Gebieten“ hilft dabei auch im ländlichen Raum.
- die Ausweisung von mehr Bauland, unter Ausnutzung aller Ermessensspielräume nach dem Baugesetzbuch.
- die Erhöhung der Eigentumsquote im Land durch die gezielte Förderung des Eigentumserwerbs. Wohneigentum stellt insbesondere für mittlere und untere Einkommensgruppen einen wichtigen Baustein zur Altersvorsorge dar.
- die Einführung eines Freibetrags bei der Grunderwerbsteuer von bis zu 500.000 Euro für natürliche Personen. Darüber hinaus lehnen wir eine weitere Erhöhung der Grunderwerbsteuer auf Landesebene entschieden ab.
- die Abschaffung unwirksamer Instrumente wie der Mietpreisbremse und des Zweckentfremdungsverbots. Diese Maßnahmen machen das Bauen weniger attraktiv und führen lediglich zu einem deutlich erhöhten Verwaltungsaufwand.
- einen konsequenten Ausbau von Nah- bzw. Fernwärmenetzen in Neubaugebieten. Auch in Bestandsgebäuden soll die Möglichkeit eines Anschlusses an die Nah- oder Fernwärme nach Möglichkeit geschaffen werden.

Wie wir das Leben für den älteren Teil der Bevölkerung in den künftigen Jahren gestalten, ist eine Frage, die den Wohnungsbau, die Barrierefreiheit sowie die ambulante und stationäre Pflege vor Ort betrifft. Für uns Freie Demokraten ist wichtig, dass Seniorinnen und Senioren möglichst lange selbstbestimmt leben können. Hierzu ist die wohnortnahe Unterstützung in den Gemeinden wichtig. Der Bedarf nach seniorenrechtlichen Wohnungen, die um eine ortsnahe Pflegeunterstützung ergänzt werden können, steigt. Um die Mobilität und Teilhabe der Seniorinnen und Senioren zu gewährleisten, sind Ideen gefragt, die auf den jeweiligen Ort und die individuelle Situation abgestimmt sind.

Deshalb setzen wir uns ein für

- eine pragmatischere Umsetzung und einfachere Handhabung bei der Schaffung ambulant betreuter Wohngruppen.
- eine Entbürokratisierung und Entschärfung bei der Umsetzung der Heimbauverordnung, um zu verhindern, dass bestehende Pflegeheime den Betrieb einstellen müssen.
- den Ausbau einer digitalen Infrastruktur in Pflegeheimen, die sowohl Bewohner als auch Personal unterstützt und entlastet.

### 3. Gesundheit, Pflege und Prävention

Gesundheit, Pflege und Prävention sind Bausteine für den Erhalt der Selbständigkeit und Lebensqualität im Alter. Präventive, mobile, ambulante und stationäre Angebote sollten bedarfsgerecht und in einer guten Qualität, einschließlich der sozialen Zuwendung und Betreuung, genutzt werden können.

→ *Was wollen Sie tun, um eine wohnortnahe medizinische Versorgung zu gewährleisten?*

Hier ist ebenfalls die Altenhilfeplanung der Stadt konzeptionell gefragt. Die Sozialräume sind nah an den Menschen und ermöglichen es der Verwaltung einen guten Überblick vor Ort zu haben. Der Ulmer Pflegestützpunkt ist die erste Anlaufstelle bei allen Fragen zur pflegerischen Versorgung. Die Kommunale Pflegekonferenz dient als aktive Informations- und Austauschplattform in diesem Bereich. Da Sie als Seniorenrat ständiges Mitglied sind, gestalten Sie mit und erhalten Sie jederzeit die ausreichenden Informationen zu laufenden Projekten und die Versorgungssituation.

In der Stadt ist eine wohnortnahe medizinische Versorgung gewährleistet. Die Hausärzte und Apotheken haben eine gute Notfallvertretung organisiert. Über die Kommunale Gesundheitskonferenz der Stadt Ulm und dem Alb-Donau-Kreis ist ein regelmäßiger Austausch zur medizinischen Versorgung zwischen den Ärzten, Krankenkassen und der Verwaltung gewährleistet. Über dieses Netzwerk kann bei drohenden Versorgungsengpässen rechtzeitig gesteuert werden.

### 4. Mobilität

Mobilität ist ein unverzichtbarer Teil des täglichen Lebens und der Daseinsvorsorge. Insbesondere im ländlichen Raum ist es notwendig, attraktive und umfassende Mobilitätslösungen zu finden.

→ *Was wollen Sie tun, um eine attraktive und altersgerechte Mobilität für ältere Menschen zu gewährleisten?*

Beide Fragen werden gemeinsam beantwortet.

Mobil sein bedeutet nicht nur auf Verkehrsmittel und eine gute Anbindung zurückzugreifen. Mobil sein bedeutet auch, sich ohne Barrieren im öffentlichen Bereich bewegen zu können.

→ *Was wollen Sie tun, damit Straßen und Gehwege so gestaltet werden, damit ältere Menschen sich gut zurechtfinden und eine gut zugängliche Nahversorgung haben?*

Unerlässlich ist dabei die Zuverlässigkeit des öffentlichen Nahverkehrs.

Damit alle Menschen selbstbestimmt am gesellschaftlichen Leben und ohne fremde Hilfe vor Ort teilhaben können, setzen wir uns ein für

- eine frühzeitige Beteiligung von Menschen mit Behinderungen als „Experten in eigener Sache“ bei der Planung und Umsetzung kommunaler Maßnahmen. Dies erreichen wir beispielsweise durch eine enge Zusammenarbeit mit Beiräten von Menschen mit Behinderungen und Seniorenräten.
- die Erstellung von Aktionsplänen zur konsequenten Umsetzung von mehr Barrierefreiheit. Diese beinhalten die Bestandsaufnahme bestehender Barrieren sowie die Festlegung von Prioritäten bei deren Beseitigung.
- die Umsetzung des gesetzlich verankerten Ziels der vollständigen Barrierefreiheit im ÖPNV. Zu den dafür erforderlichen Maßnahmen gehören neben baulichen Veränderungen (Fahrtreppen, Aufzüge, Rampen) auch die Einführung von Symbolen im barrierefreien Busverkehr sowie eine klare Kennzeichnung von barrierefreien Bussen und Bahnen in Aushangfahrplänen und Fahrplan-Apps.
- kommunale Konzepte für einen barrierefreien Fußverkehr. Unser Ziel ist es, Gefahrenstellen für Fußgänger zu reduzieren, Konflikte mit anderen Verkehrsträgern abzubauen und bei der Gestaltung des Straßenraums inklusiv zu denken. Dazu gehören Maßnahmen wie stolpersichere Pflaster, bedarfsgesteuerte Fußgängerfurten und die Modernisierung von Fußgängerunterführungen und -passagen.
- saubere und rund um die Uhr zugängliche, barrierefreie Toilettenanlagen einschließlich Wickelmöglichkeiten für Kleinkinder und Erwachsene (so genannte „Toiletten für alle“) im öffentlichen Raum.
- die Herstellung der Barrierefreiheit, einen gut ausgebauten ÖPNV inkl. Ruftaxis und Bürgerbussen, einen mobilen Service für einfache Verwaltungsangelegenheiten, sanitäre Einrichtungen für alle und organisierte Nachbarschaftshilfe.

Die regelmäßige Berichterstattung des kommunalen Behindertenbeauftragten ist entscheidend, um über die Barrierefreiheit informiert zu sein. Diese betreffen sowohl Mobilität als auch die Möglichkeit sich barrierefrei Informationen beschaffen zu können.

Die Anhörung und Einbindung von Betroffenen sind bei Neu- und Umbauten notwendig. Diese kennen ihre persönliche Situation am Besten und sollten an Lösungsfindungen beteiligt werden. So beispielsweise bei der Neugestaltung von Fahr- und Fußwegen zur und innerhalb Gartenschau.

## 5. Digitalisierung

Auch die Älteren müssen sich im digitalen Zeitalter zurechtfinden. Immer mehr möchten sich dem Thema öffnen, aber viele können mit dieser Entwicklung nicht mithalten. Und immer mehr Einrichtungen der Infrastruktur werden ausgedünnt und sind nur noch online erreichbar.

→ *Was wollen Sie tun, um Senior\*innen bei dieser Entwicklung mitzunehmen?*

→ *Was wollen Sie tun, um eine gesellschaftliche Teilhabe auch ohne PC und Smartphone sicherzustellen?*

Die Digitalisierung ist ein wichtiger Bestandteil unseres beruflichen und privaten Lebens. Diese haben die Seniorenräte des Landes bereits erkannt und bieten Schulungen für Seniorinnen und Senioren an. Dabei kann in Ulm beispielsweise die Familienbildungsstätte mit ihren Angeboten unterstützen.

Veranstaltungen und wichtige Informationen sollten weiterhin über die Printmedien erfolgen.

Deshalb setzen wir uns ein für die Förderung und Stärkung wechselseitiger generationenübergreifender Unterstützung, wie zum Beispiel eine Handysprechstunde für Seniorinnen und Senioren an Schulen oder im Gegenzug Hilfestellung beim Lesen oder in anderen Schulfächern durch Seniorinnen und Senioren. Dies stärkt alle Generationen und das Miteinander in den Gemeinden.

## **6. Klimaschutz und gesellschaftlicher Zusammenhalt**

Unsere Gesellschaft ist zunehmend bedroht durch grundlegende globale Veränderungen. Dazu gehören unter anderem der Klimawandel, Gefährdung von Demokratie und Freiheit, Verschärfung sozialer Ungleichheit.

→ *Was wollen Sie tun, um ältere Menschen vor den Folgen des Klimawandels besser zu schützen?*

Entscheidungen von heute prägen die Welt von morgen. Für uns Freie Demokraten ist der Pariser Klimavertrag verpflichtend. Wir wollen die Natur für die Menschen erhalten und unseren Beitrag zum Erhalt der Biodiversität leisten. Ohne Wirtschaftswachstum kann es aber für uns keinen Klima- und Umweltschutz geben. Wir sehen die Landwirte als natürliche Partner beim Klima- und Umweltschutz an. Uns eint, dass auch wir uns als Gesellschaft auf die Folgen des Klimawandels einstellen müssen und Klimaanpassungsmaßnahmen ergreifen müssen.

Deshalb setzen wir uns ein für

- einen Wandel der Stadtplanung hin zu Schwammstädten sowie die engere Abstimmung von Katastrophen-, Klimaanpassungs- und Bauleitplänen, um die Krisenfestigkeit vor Ort auszubauen und die Kommunen an den Klimawandel anzupassen.
- eine umfassende Vereinfachung von Genehmigungsverfahren, damit notwendige bauliche Anpassungen für die Bürgerinnen und Bürger sowie für die Wirtschaft schnell ermöglicht werden.
- einen Ausbau von Frühwarn-, Abwasser- und Wasserrückhaltesystemen, um den Gefahren von Extremwetterereignissen frühzeitig zu begegnen.
- eine krisen- und klimafestere Wasserversorgung mit einer flexibleren Wasserentnahme und einer besseren Niederschlagsnutzung, um gezielt auf saisonale Schwankungen reagieren und die Wasserversorgung jederzeit gewährleisten zu können.
- eine stärkere Nutzung von Tröpfchenbewässerung und klimaresistenter Bepflanzung, um den Wasserverbrauch zu reduzieren und kommunale Gewässer zu schonen.
- eine gezielte Prüfung von Entsiegelungsmaßnahmen auf öffentlichen Flächen, insbesondere großflächigen Plätzen, sowie bei Gebäudeerweiterungen auf bereits erschlossenen Grundstücken.

- eine möglichst ortsnahe Umsetzung baubedingter Ausgleichsmaßnahmen sowie die stärkere Berücksichtigung qualitativer Aufwertungen, um das Landschaftsbild in den Kommunen nachhaltig zu verbessern.
- ein integriertes Lichtkonzept, um die Lichtverschmutzung in unseren Kommunen zu reduzieren und die Abstrahlung künstlicher Lichtquellen ins örtliche Ökosystem zu reduzieren.
- eine gezielte Steigerung der begrünten Straßenränder, Fassaden und Dachflächen, um wertvollen Lebensraum für Tiere und Insekten zu schaffen, die Luftqualität zu verbessern und die Städte im Sommer zu kühlen.
- die Entwicklung öffentlicher und privater Flächen zu vernetzten Biotopen nach dem Vorbild der Heinz-Sielmann-Stiftung.
- eine umfassende Beschattungsoffensive sowohl durch Bepflanzung als auch durch Baumaßnahmen, um hochfrequentierte öffentliche Plätze, Spielplätze, Schulhöfe, Friedhöfe und ähnliche Orte im Sommer zu kühlen.
- einen umfänglichen Ausbau kommunaler CO<sub>2</sub>-Speicher, etwa von Wäldern, größeren Humus- und Grünflächen oder Mooren, um Luftqualität und Bodengesundheit zu verbessern und den kulturellen Landschaftswert zu steigern.
- einen standortangepassten Umbau des Waldes vor dem Hintergrund des Klimawandels, um langfristig resiliente Wälder zu erhalten.
- die Schaffung kommunaler Hitzepläne, um der steigenden Hitzebelastung entgegenzuwirken, insbesondere für vulnerable Bevölkerungsgruppen. Diese Hitzeaktionspläne sollen verschiedene Aspekte umfassen, darunter die Planung der Informationsvorsorge, konkrete Schutzmaßnahmen für Stadtteile und Individuen, sowie die strategische Planung der Gestaltung von Freiflächen. Ziel ist es, die Auswirkungen von Hitze abzumildern und ganzheitliche Lösungen zu finden.

→ *Was wollen Sie tun, um ein demokratisches Miteinander von Jung und Alt zu fördern?*

Orte der Begegnungen in den Sozialräumen der Stadt sind wichtig, diese sollten auch baulich gefördert werden. Städte sind nicht nur Ansammlungen von Menschen, sondern vielmehr Lebensräume, in denen die Menschen zusammenkommen, sich miteinander austauschen und ihr Leben gestalten.

→ *Was wollen Sie tun, um einen Beitrag zu sozialer Gerechtigkeit zu leisten?*

Soziale Verantwortung übernimmt die Stadt in ihren Sozialräumen und als Leistungsträger der Sozialgesetzbücher. Ein liberales Kernanliegen ist die Bildungspolitik, denn jedes Kind muss die gleichen Chancen haben, sich in einer ständig im Wandel befindlichen Welt bestmöglich zu entwickeln. Chancengerechtigkeit ist ein zentrales Grundelement liberaler Bildungspolitik. Dafür brauchen Baden-Württembergs Schulen und Kindergärten modernste Ausstattung. Besonders bei der Digitalisierung haben wir noch großen Nachholbedarf. Wir Freie Demokraten unterstützen im Bereich der Schulen mehr Eigenverantwortung der Städte und Kommunen.

## **7. Engagement und Mitbestimmung**

Baden-Württemberg ist eines der Bundesländer, in denen das bürgerschaftliche Engagement durch fast alle Altersgruppen hindurch stark ausgeprägt ist. Viele Angebote im sozialen Bereich ergänzen die bestehenden professionellen Dienstleistungen und stellen damit einen wichtigen Teil der Versorgungslandschaft vor Ort dar.

→ *Was wollen Sie tun, um das freiwillige, bürgerschaftliche Engagement zu stärken?*

Die Freien Demokraten halten eine höhere Wertschätzung der Ehrenamtlichen im Amateur- und Leistungssport sowie vor allem im Breitensport für dringend notwendig. Wer in seiner Freizeit anderen Menschen, insbesondere Menschen mit Behinderung sowie Kindern dabei hilft, sportlich tätig zu sein und eine Vorbildfunktion mit hohem persönlichem Einsatz übernimmt, hat die Anerkennung der Gesellschaft verdient. Daher unterstützen wir den Solidarpakt Sport, der neben dem Breiten- auch den Spitzensport unterstützt und setzen uns ein für

- eine bessere finanzielle Unterstützung der Kommunen durch die Landesregierung bei der Sanierung der Schwimmbäder. Viele Kommunen sind derzeit finanziell damit überfordert, ihre meist in den 1970er Jahren gebauten Frei- und Hallenbäder zu sanieren. Insbesondere viele ärmere Kommunen können sich den Betrieb von Schwimmbädern gar nicht mehr leisten. Das schränkt die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger ein und sorgt dafür, dass über die Hälfte der Kinder unter acht Jahren nicht mehr schwimmen kann.
- die Einrichtung eines runden Tisches von Land und Kommunen nach den gewaltsamen Zwischenfällen in vielen baden-württembergischen Schwimmbädern, um mit Konzepten für ein sicheres Schwimmbad für den kommenden Sommer vorbereitet zu sein.
- eine vereinfachte Beantragung von Fördermitteln für die generelle Sanierung von Sportstätten. Vereinfachte und unbürokratischere Verfahren kommen allen Bürgern zugute und fördern auch die Bewerbungsbereitschaft der Kommunen.
- die gezielte Weiterentwicklung der bestehenden Sport- und Bewegungsangebote, die dem Inklusionsgedanken gerecht werden.
- eine Vertiefung der Gespräche mit den Vereinen zur besseren Unterstützung der Vereinsarbeit und des Ehrenamtes, welches eine der zentralen Grundlagen für das gesellschaftliche Miteinander ist.

→ *Was wollen Sie tun, um die politische Mitsprache von Älteren zu sichern?*

Einbindung von Seniorenräten in die verschiedenen politischen Gremien zur Entscheidungsfindungen, wie bspw. die Kommunale Gesundheitskonferenz.